

Wollen doch auch die Menge an, welche die Angeklagten erwartete. Als sich endlich die Tore öffneten, wurden die aus dem Kerker befreiten Jungarbeiter mit ungeheurer Jubel und stürmischen Hochrufen begrüßt, mit Blumen besetzt und überschüttet...

Der Kampfschrei, den die rote Hilfe geführt hat, hat die Angeklagten befreit.

Jetzt gilt es, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Der Kampf gegen die Sondergerichtsjustiz muß zum breitesten Volkskampf gesteigert werden. Die Jungarbeiter antworteten mit einem stammenden Beifall zum Klassenkampf und betonten, daß sie nur...

Durch die Kraft des Proletariats befreit

worden sind. Sie werden, auch wenn sie verurteilt werden, weiter in der Einheitsfront für die Befreiung des Proletariats kämpfen. Zum Schluß gaben die Angeklagten eine Erklärung ab, in der sie alle Verantwortlichen ohne Unterschied der Partei aufzählten, mit der roten Hilfe in der antisozialistischen Einheitsfront gegen antisozialistische Unterdrückung und Sonderjustiz für die Befreiung der 9000 Eingekerkerten zu kämpfen.

Die wichtigste Lehre des Prozesses

gegen die Charottenburger Antifaschisten ist darum für jeden Arbeiter und Werktätigen: So wie die Unterdrückung gegen diese Antifaschisten geführt wurde, so war es in allen Fällen, wo Antifaschisten vor Sondergerichten standen. Wie im Prozeß Köttinger wurden auch die anderen Antifaschisten fast nur auf Grund von Nazi-Verleumdungen verurteilt. In anderen Prozessen gelang es leider nicht, so lächerlich den Nachweis der völligen Unschuld für die Angeklagten zu führen. Aber trotzdem zeigte sich auch in den früheren Prozessen, daß die angeklagten Antifaschisten unschuldig waren. Wir erinnern nur an die besonders traurigen Fälle der verurteilten Antifaschisten Schmidt, Wilsch, Kopper, Berger und des verurteilten Reichsbannerarbeiters Kothke. Sie alle beteuerten, nicht an Zusammenstößen beteiligt gewesen zu sein, sie alle wurde auf lange Jahre hinter Kerkermauern gesteckt auf Grund von Nazi-Verleumdungen.

Wir begrüßen die tapferen jungen Antifaschisten von Charlottenburg von ganzem Herzen in der Freiheit. Sie kamen frei durch den Massensturm der deutschen Arbeiterklasse, was der Staatsanwalt in selbst zugabem mußte. Jetzt gilt es, auch den letzten eingekerkerten Antifaschisten frei zu bekommen. Nicht einen Tag länger dürfen die antisozialistischen Arbeiter, die auf Grund von Sondergerichtsurteilen hinter Kerkermauern geworfen wurden, im Zuchthaus oder Gefängnis schmachten. Sie müssen alle sofort freigelassen werden. Der Kampf um ihre Freilassung muß in roter Einheitsfrontaktion gesteigert werden zum Kampf um die Beseitigung der Sondergerichte und zum Kampf gegen die Vapenregierung.

Sechs Wochen Haft für Verkauf der „Trommel“

In Rempten (Sachsen) erhielt Arbeiter Schmidt einen Haftbefehl über 6 Wochen, weil er ein Kind in der Schule die Trommel verteilt haben soll.

Trotz Verbotes der Pionierbewegung, trotz Drohungen mit Ergänzungsstrafe und anderen Terrormaßnahmen und Ueberwachung verdächtiger Arbeiterkinder, kämpften die bürgerlichen Arbeiterkinder mutig weiter und die Trommel, die auch in der Schule in Rempten Eingang gefunden hat, fand bei den Kindern so begeisterte Aufnahme, daß sie sich darum gesellen haben, auch solche Kinder, deren Eltern nicht kommunistisch eingestuft sind. Auf die Angelegenheit des Vaters eines Kindes hin, wurde in der betreffenden Klasse ein hunderntlanges Verhör durchgeführt, und ein Arbeitermodell erhielt zwei Stunden Arrest, worauf dann Anzeige durch den Schulleiter erstattet wurde und obiger Haftbefehl erfolgte.

Inflationsplan der Papenregierung

Berlin, 7. Oktober (Sig. Drahtber.)

Die Papenregierung wird sich in den heute beginnenden Beratungen u. a. mit dem „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ des Bundesrats befaßigen. Nach diesem Plan sollen die Gemeinden Kredite von den Sparkassen erhalten und zwar auf Grund wichtiger Steuererlösen der Gemeinden. Da es, wenn wichtige Steuern eingehen, nach wie vor erhebliche Ausgaben haben, so handelt es sich um völlig ungedeckte Kredite. Von mehreren Seiten sind auch Bedenken erhoben worden, weil in dem gerade-Plan Inflationsgefahren gesehen werden.

Nach dem ursprünglichen Plan sollen die Kredite für die Gemeinden eine halbe Milliarde betragen. Jetzt sollen zunächst 200-300 Millionen zur Verfügung gestellt werden. Wie es heißt, will die Regierung sich in den nächsten Wochen über diesen Plan entscheiden.

Die Papenregierung beabsichtigt einen „Reichskommissar“ für die gesamten subventionierten Betriebe zu ernennen. Vorgesehen ist dafür der Bankier von Flotow. Der soziale Ansehen, den die Regierungspresse unter Hinweis auf die Papenregierung dem Amt des Reichskommissars geben will, wird bei der Arbeiterklasse nicht im geringsten verstanden. Die Tätigkeit von Flotow bezieht gegenwärtig u. a. darin, im Auftrag der Regierung die Wege in der Selbstschaffener Bewegung zu „säubern“. Papenregiment will die Selbstschaffener Bewegung u. a. von der Papenregierung ein letztes Millionenangebot in Form von „Subventionen zur Sanierung“ zu erhalten.

Routingentierungs-Verhandlungen mit Holland gescheitert

Die Verhandlungen, die die Vertreter der Papenregierung mit Holland im Haag über die Routingentierung abhalten wollten, sind völlig gescheitert. Es ist überhaupt nicht zu Verhandlungen gekommen. Die holländische Regierung hat den Delegierten Deutschlands mitteilen lassen, daß die Selbstschaffener Bewegung keine Grundlage zur Gründung von Verhandlungen haben. Die deutsche Delegation ist unermüdlicher Sache wieder abgewandt. Die holländische Seite erklärt, daß Holland und Deutschland sich im allgemeinen Wirtschaftskrieg befinden.

Saalschlacht zwischen Nazis und Eugenbergern

Berlin, 7. Oktober (Sig. Drahtber.)

Schon kam es in Berlin in der Saalstraße in einer konfrontationellen Auseinandersetzung zu heftigen Zusammenstößen...

Gächsischer Arbeiter- und Bauernkinderkongress in Leipzig verboten

Antwortet mit Massenprotest und Massenwerbung für die Pionierbewegung

Die im Sonnabend, den 6. Oktober, bereits erlaßte gewisse Kindererziehung und der für Sonntag, den 7. Oktober gleichfalls bereits erlaßte Arbeit und Bauernkinderkongress in Leipzig, welche diese Veranstaltungen stattfinden sollten, auf Grund von Paragraph 1, Abs. 3 des Verordnungs des Reichsministers des Innern vom 28. Juni 1933 in Verbindung mit der höchsten Verordnung des Selbstbildungsministers vom 18. Juli 1937, wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten worden.

Schulische Verbotsmaßnahmen wurden bisher bereits im Ruhrgebiet, in Köln, in Erfurt und Berlin getroffen.

Alle diese Verbotsmaßnahmen sind ein Ausdruck der Angst der Bourgeoisie vor der Bewegung der jungen Pioniere. Überall in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeiterpartei, an den Schulen, in den Dörfern, auf den Gütern organisiert Proletariats gegen die Verbotsmaßnahmen.

Macht die Internationale Kinderwoche zu einem wichtigen Bestandteil des Wahlkampfes, zu einem Massenbekenntnis für den Sieg der Räterepublik, zu einer mächtigsten Kundgebung gegen Kriegsgewalt und für die Verteidigung der Sowjetunion, zu einem Solidaritätsbekenntnis aller Werktätigen Deutschlands im Kampf mit der jüngsten Generation des Proletariats, mit den Arbeiterkinder!

Jetzt erst recht Massenwerbung für die jungen Pioniere!

Jetzt erst recht Massenwerbung der „Trommel“!

Beantworte jede Verbotsmaßnahme mit der Schaffung von neuen Pionierabteilungen! Vermittle die Partei: In jedem proletarischen Häuserblock eine Pionierabteilung! — unter der Leitung:

Einheitsfrontaktion der drei Generationen gegen Kindererziehung, Hunger, Faschismus und Krieg! Barmarkt! Es lebe die 12. Internationale Kinderwoche!

Polizeiaktion gegen die Pioniere

Im Sonnabend wurde in Dresden ein Pionier verboten, weil er mit dem „Machruf“, der Zeitung der Internationalen Arbeiter-Hilfe, auf Hausagitation ging. Die zehn teilnehmenden Zeitungen wurden beschlagnahmt. Am Donnerstag wurden der Aktionskräfte ebenfalls zwei Pioniere, die mit der „Hausagitation“ waren, von der Polizei festgenommen. Die teilnehmenden Zeitungen wurden beschlagnahmt.

Schulkindzeitung und Papierhändler im Dienste der IAW

Für die 52. Dresdner Volksschule in Dresden-Striesan brachten die roten Pioniere die erste Dresdner Schulkindzeitung heraus. Die Zeitung hat unter den Arbeiterkinder einen guten Anklang gefunden. In der Schule lassen die Pioniere diese Papierhändler mit der Aufschrift: „Arbeiterkinder, heraus zur Internationalen Kinderwoche!“ in die Schulhöfe legen. Auch sind in Dresden aus der Schule der Arbeiterkinder Zeitungen verteilt worden, die vom Wind durch die Straßen der Arbeiterwohnbezirke getrieben werden. Darüber hinaus führen die Dresdner Pioniere kennen an auf Kollektoren durch, wobei die Kollektoren zur Internationalen Kinderwoche mitgeführt werden.

Zum Kinderkongress wird eine Delegation der Dresdner Arbeiterkinder nach Leipzig fahren. Es ist geplant, für diesen Kongress eine Anzahl Kinder aus gegnerischen Kinderorganisationen nach Leipzig zu delegieren.

Nach die Jungen unserer roten Kampffront werden kennen, daß sie es verdienen, im Zeichen der Internationalen Kinderwoche große Teile der Arbeiterkinder gegen Hunger und Faschismus zu mobilisieren und in Kampf zu legen!

Neues ungeheuerliches Streitverbot!

Einseitige gerichtliche Verfügung in Leipzig. Gefängnisstrafen angedroht

In Leipzig streifen seit einigen Tagen die Arbeiter der Großbaubetriebe: Sie gegen ein Wohnbaubüro. Die Leipziger Unternehmer haben die Auslieferung für ganz Leipzig beschließen, falls die Arbeiter nicht bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen würden. Vorher hätten die Unternehmer zum Arbeitsgericht Leipzig, das am 6. Oktober folgende ungebührliche einseitige Verfügung erlassen hat:

1. Dem Antragsteller (Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter) wird jede direkte oder indirekte tatsächliche, moralische oder finanzielle Unterstützung der in Streit getretenen Arbeitnehmer der Firma H. Siele & Co. GmbH. in Leipzig, verboten.

2. Dem Antragsteller wird aufgegeben, es zu unterlassen, den Streit weiter zu organisieren und durchzuführen.

3. Dem Antragsteller wird aufgegeben, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß bei Güte der Streitliche Zustand durch Aufhebung der Mitglieder des Antragstellers zur Wiederaufnahme der Arbeit herbeigeführt wird.

4. Zusammenhandlungen werden mit Geldstrafen oder Gefängnisstrafen angedroht.

Dieses Arbeitsgericht geht also so weit, Gefängnisstrafen anzudrohen. Ein Sturm des Massenprotestes muß durch ganz Deutschland gehen! Das Unternehmertum wird aber mit solchen Maßnahmen nicht die Streikbewegung eindämmen können.

Alle kämpfenden Arbeiter aber müssen daran denken, daß jetzt der Kampf nicht nur darum geht, den Wohnbau abzubauen; es geht um die Verteidigung des Streikrechts!

Unfreiwilliges Streitbruchgeftändnis

Dresdner Bauarbeiterverbandbürokratie von erwerbslosen Bauarbeitern gestiftet

Von einem erwerbslosen Bauarbeiter wird eine Streikbrüche gestiftet, das Streikrecht als es andere Werte mögen, von der Streikbewegung der Bauarbeiterbürokratie u. a. Der Kollege schreibt:

In der „Arbeiterstimme“ stand ein Bericht über einen Streit Dresdner Bauarbeiter auf der Lütichaustraße. Die Bauarbeiter verließen die Baustelle, weil sie mit dem beabteiligten Lohnraub nicht einverstanden waren. Der Unternehmer, Gemeindeführer, eröffnete ihnen darauf, sie könnten sich die Papiere holen. Seit ein paar Tagen arbeiten zwei Nationalsozialisten als Streikbrecher auf der Baustelle. Ein Kollege ging ich mit noch einigen erwerbslosen Kollegen des Bauarbeiterverbandes nach der Baustelle. Wir wollten gemeinsam mit den streikenden Kollegen Streikposten legen. Da aber gegen 10 Uhr noch kein Streikposten da, trafen wir den Bauarbeiterverband an, um zu erfahren, was an der Baustelle los ist.

Auf unsere Anfrage teilte man uns vom Bauarbeiterverband höchst empörte Dinge mit. Der Mann vom Bauarbeiterverband meinte am Telefon:

„Streikposten legen? Streit? — Die Kollegen haben doch nur von der Baustelle gegangen, weil sie die neuen Lohnbedingungen nicht annehmen wollten, aber Streit ist das keine!“

Auf unsere Bemerkung, daß auf der Baustelle Lütichaustraße zwei Nationalsozialisten arbeiten, wußte dieser Bony nicht anderes zu erwidern, als daß es „ein Zeichen mangelnder Solidarität“ sei, und daß man da „nicht machen“ könne.

„Es ist also für euch ganz zweifellos, dort Streikposten zu legen. Ueberlaßt das nur den Kollegen selbst!“

Herbert Köhler

Die Bauarbeiter müssen angesichts dieses ungeheuerlichen Betrugsgeftändnisses nun erst recht Streikposten organisiert und alle erwerbslosen Bauarbeiter müssen dabei den im Streit stehenden Bauarbeiterkollegen solidarischen Beistand leisten. Solche Hilfe gibt es, die Lohnbaubürokratie der Bauarbeiterbürokratie und die Betrugsgeftändnis der Bauarbeiter zum Siege führen!

Abfuhr der Nazis in Chemnitz

Seitern fand in Chemnitz eine öffentliche Kundgebung der Nazis statt, zu der viele die Kommunisten und Sozialdemokraten zur Diskussion aufgefordert hatten. Diese Herausforderung wurde nicht angenommen. Die Nazis hatten sich zu einer Abrechnung der Kommunisten mit den nationalsozialistischen Volksbetreibern. Genosse Kurt Sieder sprach in der Diskussion über die Bedeutung der Nationalsozialisten und erklärte die Nazis in ihrer Rolle als Schutztruppe des Kapitals. Genosse Sieder erklärte die Nazis als Schutztruppe des Kapitalismus, für die Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Klasse. Genosse Sieder sprach die Nazis an Hand der Darstellung ihrer praktischen Politik (Kollaboration mit dem Zentrum, Tolerierung der Papenregierung u. a.) und zeigte den Weg des Sozialismus, den Weg der konsequenten Klassenkämpfe an, der einzig und allein den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus verwirklichen wird!

Die SPD hatte es bezeichnenderweise vorgezogen, seinen Diskussionsredner zu stellen. Genosse Sieder wurde in der hauptsächlichsten Ausführungen ruhig angehört und große Teile des Kleinbürgertums haben zweifels durch die klaren Worte des kommunistischen Redners die schamlose Demagogie der Nazis durchschauen begonnen und sind der kommunistischen Bewegung nähergerückt. Insofern war die Versammlung praktisch zu einem politischen Erfolg der KPD geworden!

Massenbekenntnis gegen den Faschismus

Dresden, 7. Oktober

Seitern abend fand im Gothaer „Wilder Mann“ eine vom Kampfbund gegen den Faschismus einberufene öffentliche Versammlung statt, die zugleich im Zeichen des Protestes gegen den Überfall der Nazis am Remarkt durchgeführt wurde. Diese Versammlung war schon lange vor Beginn in überfüllt, daß sie politisch geperrt wurde. Frontiers waren Kämpfer der Nazis, sowie Geschichtsklauer und harte Teile des Reichsbanners vertreten. Die Nazis, die zu dieser Versammlung öffentlich eingeladen worden war, hatten Johannshütter SS-Stoßtrupp und Stormschützen geschickt. Die Führer hatten vorhergesagt, nicht zu erscheinen. Die Störungsvorwürfe übertrugen an der Disziplin der Arbeiter und an dem entschlossenen Auftreten des proletarischen Selbstschaffers.

Unter ungeheurer Beifall nahm Kamerad Friedrich Golepohl, in seinen Ausführungen die Demagogie der Differenzierung zu kennzeichnen. Politische Kennzeichen für den Kampfbund und für den Massenbekenntnis waren das Ergebnis der Versammlung, die zu einem wichtigen Massenbekenntnis gegen den Faschismus wurde.

Metall-Delegiertentouferenz polizeilich aufgelöst

Düsseldorf, 7. Oktober (Sig. Drahtber.)

Die für gestern abend angelegte Delegiertentouferenz der Metalldelegierten von Hagen, wurde eine Stunde nach Öffnung von der Polizei aufgelöst. Gründe wurden nicht angegeben. In der Konferenz waren Vertreter aus 16 angeschlossenen Metallbetrieben, unter ihnen viele sozialdemokratische und christliche Arbeiter anwesend.